

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle)

Name [Verbandsgemeindeverwaltung Nieder-Olm](#)
Straße [Pariser Straße 110](#)
Plz, Ort [55268, Nieder-Olm](#)
Telefon
Fax
E-Mail nieder-olm@bieteranfrage.de
Internet
Umsatzsteuer-Identifikationsnummer

b) Vergabeverfahren [Öffentliche Ausschreibung, VOB/A](#)

Vergabenummer [24-09-05-1100](#)

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen
[- ohne elektronische Signatur \(Textform\)](#)**d) Art des Auftrags**

- Ausführung von Bauleistungen
 Planung und Ausführung von Bauleistungen
 Bauleistungen durch Dritte (Mietkauf, Investor, Leasing, Konzession)

e) Ort der Ausführung

[55270 Jugenheim](#)

f) Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt in Lose

[Neugestaltung "Platz hinter der Kirche" in Jugenheim](#)

[- Los 01 - Tiefbauarbeiten](#)

[Parkplatz](#)

- [- 190 cbm Bodenabtrag, Abfuhr BM-0](#)
- [- 190 cbm Schottertragschicht](#)
- [- 480 qm Rasenansaat](#)
- [- 2 Treppenanlagen, a 2,00m Breite, 8 Stufen](#)
- [- 82 m Betontiefbord setzen](#)
- [- 3 St Straßenleuchten setzen](#)
- [- 18 m Stahlmattenzaun setzen](#)
- [- 2 m Treppengeländer einbauen](#)

[Freizeitfläche](#)

- [- 55 cbm Bodenabtrag, Abfuhr BM-0](#)
- [- 52 cbm Schottertragschicht 0/32](#)
- [- 13 cbm Wassergebundene Decke herstellen](#)
- [- 32 m Rundbord versetzen](#)
- [- 15 m Mauerscheiben setzen](#)
- [- 50 cbm Austauschboden liefern](#)
- [- 1 St E-Bike Ladestation setzen](#)
- [- 110 qm Polymergebundene Wegefläche herstellen](#)

[Versorgungsleitungen](#)

- [- 40 cbm Erdaushub; Abfuhr BN-0](#)
- [- 40 cbm Austauschboden](#)
- [- 30 m PP-Rohre DN 160](#)
- [- 10m PP- Rohre DN 110](#)
- [- 1 St Hausanschlüsse DN 160 PP](#)
- [- 1 St Betonschacht DN 1000](#)
- [- 30 m Wasserleitung legen](#)
- [- 130 m Beleuchtungskabel legen](#)
- [- 30 m Hausanschlusskabel legen](#)
- [- 30 m Trassenwarnband legen](#)
- [- 30 m Leerrohre DN 90 verlegen](#)
- [- 130 m Trassenwarnband](#)

Begründung
- 1.200 qm Rasenansaat

g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden

Zweck der baulichen Anlage

Zweck des Auftrags

h) Aufteilung in Lose (Art und Umfang siehe Buchstabe f)

nein

ja, Angebote sind möglich

nur für ein Los

für ein oder mehrere Lose

nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)

i) Ausführungsfristen

Beginn der Ausführung 28.10.2024

Fertigstellung oder Dauer der Leistungen 28.02.2025

j) Nebenangebote

zugelassen

nur in Verbindung mit einem Hauptangebot

nicht zugelassen

k) mehrere Hauptangebote

zugelassen

nicht zugelassen

l) Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen

Vergabeunterlagen

werden elektronisch zur Verfügung gestellt unter: <https://www.dtyp.de/Satellite/notice/CXP4YJVH7MW/documents>

können angefordert werden unter:

Maßnahmen zum Schutz vertraulicher Informationen

Abgabe Verschwiegenheitserklärung

andere Maßnahmen:

Der Zugang wird gewährt, sobald die Erfüllung der Maßnahmen belegt ist

Nachforderung

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden

nachgefordert

teilweise nachgefordert, und zwar folgende Unterlagen:

nicht nachgefordert

o) Ablauf der Angebotsfrist am 05.09.2024 um 11:00 Uhr

Ablauf der Bindefrist **am 17.10.2024**

p) Adresse für elektronische Angebote

<https://www.dtyp.de/Satellite/notice/CXP4YJVH7MW>

Anschrift für schriftliche Angebote

q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:

DE

r) Zuschlagskriterien

siehe Vergabeunterlagen

nachfolgende Zuschlagskriterien, ggf. einschl. Gewichtung:

	Kriterium	Gewichtung
	Niedrigster Preis	
s)	Eröffnungstermin	am 05.09.2024 um 11:00 Uhr
	Ort	
	Die Angebotsöffnung erfolgt elektronisch.	
	Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen	
	Bieter oder deren Bevollmächtigte sind bei der Öffnung der Angebote nicht zugelassen.	
t)	geforderte Sicherheiten	
	Sicherheiten für Vertragserfüllung und Mängelansprüche (Details siehe Vergabeunterlagen)	
u)	Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind	
	Gemäß VOB/B (Details siehe Vergabeunterlagen)	
v)	Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften	
w)	Beurteilung der Eignung	
	Angaben, die mit dem Angebot vorzulegen sind:	
	1.) Eigenerklärung zum Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen	
	2.) Eigenerklärung über die Ausführung vergleichbarer Leistungen in den letzten fünf Jahren	
	3.) Eigenerklärung über die Bereithaltung der für die Ausführung der Leistung erforderlichen Arbeitskräfte	
	4.) Erklärung des Bieters über die Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister	
	5.) Eigenerklärung zu Insolvenzverfahren und Liquidation	
	6.) Eigenerklärung des Bieters, dass in seiner Person oder durch ein Verhalten seiner Person oder durch das Verhalten einer Person, die ihm zuzurechnen ist, keine Ausschlussgründe nach § 6e EU VOB/A begründet sind	
	7.) Eigenerklärung des Bieters, dass er seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist	
	8.) Eigenerklärung des Bieters zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft	
	9.) Erklärung, ob und hinsichtlich welcher Leistungen sich der Bieter der Kapazitäten anderer Unternehmen bedient	
	Für die vorgenannten Auskünfte (Eigenerklärungen) sind entsprechende Formblätter den Vergabeunterlagen beigelegt (Formblatt 124, Formblatt 233).	
	Ebenso zugelassen ist die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) als vorläufiger Beleg der Eignung.	
	Eigenerklärungen und Eignungsnachweise, die durch Präqualifizierung geführt werden, sind zugelassen.	
	Die durch Präqualifizierung geführten Eigenerklärungen und Eignungsnachweise müssen die gestellten auftragsbezogenen Mindestanforderungen nachweisen.	
	Auf Verlangen der Vergabestelle sind durch den Bieter zum Beleg seiner Eigenerklärungen entsprechende weitere Nachweise vorzulegen, wie:	
	- drei Referenzen mit folgenden Angaben: Ansprechpartner; Art der ausgeführten Leistung; Auftragssumme; Ausführungszeitraum; stichwortartige Benennung des ausgeführten maßgeblichen Leistungsumfanges	
	- Angaben zu Arbeitskräften: Zahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal	
	- Nachweis über die Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister, Berufskammern der Länder, Handwerksrolle	
	- rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan - soweit erforderlich	
	- eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen des Finanzamtes zum Nachweis der steuerlichen Zuverlässigkeit die nicht älter als 13 Monate sein darf	
	- gültige Bescheinigungen der zuständigen Krankenkasse, tariflichen Sozialkasse und Berufsgenossenschaft über die vollständige Entrichtung von Beiträgen, die nicht älter als 13 Monate sein dürfen	
	- Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG	
	Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Auskünfte und Bestätigungen/Nachweise, die zur Überprüfung der Eigenerklärung dienen, zu verlangen bzw. einzuholen.	
	Will sich der Bieter bei der Leistungserbringung eines Dritten (Nachunternehmer, Eignungsleihe) bedienen, sind die Erklärungen nach § 6e EU VOB/A auch vom Dritten vorzulegen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Erklärungen oder Nachweise zur Eignung anzufordern.	

Werden die Leistungen von einer Bietergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erklären.

x) Nachprüfung behaupteter Verstöße

Nachprüfungsstelle (§21 VOB/A)

Name Kreisverwaltung Mainz-Bingen
Straße Konrad-Adenauer-Str. 34
Plz, Ort 55218, 55218 Ingelheim am Rhein
Telefon
Fax
E-Mail
Internet

Sonstiges

1.) Die Vergabeunterlagen sind ausschließlich digital über die Vergabeplattform erhältlich. Ggf. erforderliche Änderungen an diesen Unterlagen oder zusätzliche Informationen werden ebenfalls ausschließlich über die Vergabeplattform kommuniziert. Registrierte Bieter werden hierüber automatisch informiert. Es wird daher empfohlen, die Unterlagen mit Registrierung zu beziehen. Werden Vergabeunterlagen anonym heruntergeladen, liegt die Information über die Aktualität dieser Unterlagen in der alleinigen Verantwortung des unregistrierten Bieters.

2.) Anfragen werden nur in Textform über die Vergabeplattform oder per E-Mail von der genannten Kontaktstelle entgegengenommen und von der Vergabestelle ausschließlich in Textform über die Vergabeplattform beantwortet.

3.) Ergänzende Informationen oder sonstige Korrespondenz der Vergabestelle erfolgen über die Vergabeplattform. Das Postfach der Bieters auf der Vergabeplattform erfüllt dabei für den Bieter die Funktion eines persönlichen elektronischen Briefkastens und ist maßgeblich und verbindlich für den Zugang von Erklärungen, Nachforderungen, Einladungen zum Aufklärungsgespräch und sonstigem Schriftverkehr.

4.) Der Versand der Informations- und Absageschreiben erfolgt über die Vergabeplattform an das plattformseitig hinterlegte Postfach des Bieters bzw. an das Postfach der das Angebot einreichenden Stelle. Im Falle des Angebotes einer Bietergemeinschaft erfolgt die Korrespondenz der Vergabestelle über die Vergabeplattform an das plattformseitig hinterlegte Postfach des bevollmächtigten Mitglieds der Bietergemeinschaft bzw. an das Postfach der das Angebot einreichenden Stelle.

5.) Sofern sich ausländische Bieter am Wettbewerb beteiligen, haben sie geforderte Nachweise / Bescheinigungen ihres Herkunftslandes vorzulegen. Bei Dokumenten, die nicht in deutscher Sprache verfasst sind, ist eine beglaubigte Übersetzung ins Deutsche beizufügen.

6.) Der Auftraggeber wendet die Regelungen des "Landesgesetz zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (LTTG) Rheinland-Pfalz" in der jeweils geltenden Fassung an.

7.) Dieses Vergabeverfahren fällt in den Anwendungsbereich der Landesverordnung über die Nachprüfung von Vergabeverfahren durch Vergabeprüfstellen. Bieter müssen erkannte oder erkennbare Verstöße innerhalb der jeweils geltenden Fristen des § 10 Abs. 3 dieser Verordnung gegenüber dem Auftraggeber rügen, anderenfalls können sie vor der Vergabeprüfstelle in der Sache nicht gehört werden. Vergabeprüfstelle, an die der Auftraggeber eventuelle Beanstandungen des Bieters weiterleitet, sofern der Bieter nicht ausdrücklich auf eine Weiterleitung verzichtet hat:

Vergabeprüfstelle beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Stiftstraße 9, 55116 Mainz

Bekanntmachungs-ID:

CXP4YJVH7MW